

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
auswärts. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
„Zeitungsgattungen“ für un-
terschiedlich eingegangene Nummern
wird seine Größe übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Dokumente Leipzig Nr. 4000.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
Preis 1.75 pro Spalte. 30 mm Breite. Folien-
preise od. der. Raum mit 30 Pf. u.
10 % Zuschlag berechnet und in auf-
wärtigen Anzeigen a. allen Anzeigen-
geschäften, angesehene Anzeigen die 75 mm
breite Zeile 1 Mk. u. 10 % Zuschl.
Anzeigen - Anzahlschluss vom 11.
11 Uhr, für die Sonntags-Druck-
6 Uhr. Fälschungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erfolge
10 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstellen: Halle,
Halle Dresdenstr. 15, Dr. Grop-
paustr. 17. Neben-Geschäftsstell.
Markt 24 und Große Tischstr. 22.

Nr. 179.

Halle, Donnerstag, den 18. April

1918.

Poelkapelle und Langemarck genommen.

Unsere Fortschritte in Flandern. — Rücktritt des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin. — Bedrohung der Kanalhäfen.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 17. April, abends. (Amtlich.)
Auf dem Kampffelde der vorjährigen Flandern-
schlacht wurde Poelkapelle und Langemarck
genommen.

Wiener Bericht.

Italienische Vorstöße abgewiesen.
WTB. Wien, 17. April. Amtlich wird verlautbart:
In zahlreichen Stellen der italienischen Front wurden
schlechte Erkundungsabteilungen abgewiesen.
Der Chef des Generalstabes.

Die Eroberung von Bailleul.

Berlin, 17. April. (Drahtnachricht.) In Bailleul letzte-
ten die Geener überaus zähen Widerstand. Der Befehl des
Marshall's 5. a. g. keinen Schritt zurückweichen, sollte hier
schon mit allen Kräften verfolgt werden. Mit der Er-
oberung der Höhen südlich des Ortes wurde die englische Stel-
lung in der Stadt selbst immer unhaltbarer, zumal mit
Zugang der deutschen Truppen ihren Angriff gegen die
Linie Bille-Cappelle fortsetzten. In den ersten Morgen-
stunden wurde der Ort ausgehoben und zäh verteidigte
Stützpunkt Cappelle genommen, wobei über 300 Ge-
fangene in deutsche Hand fielen. Trotzdem verließen die Eng-
länder in ihren zahlreichen Maschinengewehrschützen die
Stadt zu halten. Von den aus Nordost und Nordwest ein-
dringenden deutschen Truppen wurden sie jedoch im Hand-
granatenkampf überfallen. Im Anschluss an die Einnahme
des wichtigsten Bailleul, von dem nicht weniger als neun
Schiffen nach allen Richtungen ausstrahlen, ging der Auf-
bruch auf der ganzen Front vorwärts. Die deutschen Regi-
menter ließen von den Nordhöhen der erklärten Höhen
herab und gewannen weiter Raum. Im ganzen wurden bei
der Eroberung von Bailleul 700 Gefangene gemacht. Die
blutigen Verluste der Engländer waren hier ganz besonders
schwer. In ansehnlicherer Zahl erlitten sie hier
immer wieder neue Verluste folgte Kräfte.

Die Erstürmung von Wytschaete.

Berlin, 17. April. (Drahtnachricht.) Bei der Er-
stürmung von Wytschaete wurden über 400 Mann, darunter
18 Offiziere, gefangen genommen. Die eingebrachte Beute
betrag 4 Geschütze, darunter eines schweren Kalibers, und
eine große Anzahl Maschinengewehre. Der Feind leistete zu-
nächst heftigen Widerstand. Auch hier warf ihn ein anfalls-
reicher Angriff zurück, der ihn von den Höhen westlich und nord-
westlich des Dorfes traf.

Von 8 Uhr abends an führten die Engländer drei Gegen-
stöße gegen die deutschen Stellungen. Sie wurden sämtlich
unter hohen blutigen Verlusten abgewiesen. Des-
gleichen schickte ein Vorstoß zweier englischer Kompanien
zwischen Wytschaete und Walverghem. Bei der Erstürmung
von Wytschaete lösten sich südlich die deutschen Nachbar-
truppen dem Vorgehen an. Sie nahmen im frühen Anlauf
die Höhen nördlich vom Westausgang des Dorfes Walver-
ghem. Hierbei wurden über 300 Gefangene gemacht. Am
gleichen Tage wurden die Engländer über den D o u e r S a c h
zurückgeworfen, wo er unter schweren Verlusten vergeblich
Widerstand geleistet hatte.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin tritt zurück.

Wien, 17. April. (Privatmeldung.) Wie nach dem
„Zeitung“ von gut unterrichteter Seite verlautet, hat
der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Prinz von
Sohenlo, sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Die Kanalhäfen durch die Deutschen bedroht.

Calais Stützpunkt für deutsche U-Boote und
Torpedojäger.

Rotterdam, 17. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die eng-
lischen Meldungen von der Front lassen darauf schließen, daß
die Engländer vergebliche Anstrengungen machen, um die
deutsche Bedrohung der Kanalhäfen abzu-
wenden.

Amsterdam, 17. April. (Eigene Drahtnachricht.) Wie
aus London gemeldet wird, berichtet die englische Presse

von der Absicht, Dänischen und Calais zu räu-
men. Die holländischen Blätter empfinden den Engländern
hierzü Befehlennigung ihrer Maßnahmen und sagen, wenn es
den Deutschen erst einmal gelungen ist, Calais als Stützpunkt
für U-Boote und Torpedojäger zu gewinnen, dann sei
auch die englische Küste bedroht.

Die „Times“ heben hervor, daß General Foch der anez-
sante Befürworter des Grundzuges ist, daß die Häfen am
Kanal und die Verbindungen zwischen Frankreich und Eng-
land um jeden Preis gehalten werden müssen.

Französische Niederlage auf dem Schlachtfelde der Lys.

Obwohl der Effektivbericht vom 16. April 4 Uhr
nachmittags behauptet, die Franzosen hätten ihr Ziel, die
Franzosen auch an der Lys zum Einziehen zu zwingen, ver-
fehlt, meldete bereits am 17. April der deutsche Heeres-
bericht, daß massierte englische und französische Gegenangriffe
bei Meteren blutig scheiterten. Die Franzosen, deren
nördliche Stellungsgrenze vor Offenlootz bis zur Dife-
gins, mußten infolge unausführlicher englischer Niederlagen
den Einzug ihrer Heerern nunmehr bis zur Gegend von
Walverghem ausdehnen.

Neue große Kämpfe in Flandern.

Genl. 17. April. (Privatmeldung.) „Kemp“ meldet:
Die Westfrontlinie an der ganze Westfront liegt in bes-
ten 48 Stunden wieder an. Wir sehen allem Anschein
nach vor einem neuen Ausbruch der großen Kämpfe. „Secolo“
schreibt zur Lage in Nordfrankreich: Belgien ist England nicht,
die Deutschen von Sagheron fernzuhalten, so ist die Front-
veränderung in Flandern nicht zu verteidigen.

Zum Rücktritt des Kabinetts Welcker.

Wien, 17. April. (Eigene Drahtnachricht.) In den
Kreisen der Regierungspartei wird erfährt, daß bei der Er-
nennung Burians der Umstand mitgespielt habe, daß
das Kabinett Welcker sich gesten entschließen habe, dem
Monarchen sein Entlassungsgesuch zu unterbreiten. Wiener
Blätter meinen, der Rücktritt des Kabinetts Welcker war
nach der Ernennung Burians unbedingt notwendig.

Rumänien noch Verbündeter des Vielverbandest?

Zürich, 17. April. (Privatmeldung.) Der „Lages-
anzeiger“ meldet aus London: Im Unterhaus erklärte Bal-
four, daß Rumänien nach den zur Verfügung stehenden
Nachrichten noch ein verbündeter Staat sei. Die britische Ge-
sellschaft in Jassy sieht noch täglich mit dem Londoner Aus-
wärtigen Amt in Verbindung.

Die rote Garde in Finnland verstärkt durch 12000 Engländer.

Angriffe von der Murmandbahn aus.

Stockholm, 17. April. (Privatmeldung.) Nach einem
Telegramm des „Stockholmer Dagbladet“ ist das Hauptquar-
tier der weißen Garde nach St. Michel übergesiedelt. Die
rote Regierung hat sich nach Wiborg begeben. Der Haupt-
kampf konzentriert sich um Kamparalae. Die roten
Gardisten machen erneute Angriffe von der Murmandbahn
aus. Die Engländer der roten Hermit in Verbindung und
haben bei Rehangselot 12 000 Mann gefangen.

Revolutionäre Arbeiterunruhen in England.

Saag, 17. April. (Eigene Drahtnachricht.) Aus den
letzten englischen Meldungen geht hervor, daß in allen eng-
lischen Munitionsbetrieben schwere Arbeiterunruhen im Auf-
gange sind, die größtenteils einen revolutionären Charakter
tragen.

Der amerikanische Kriegsminister wieder daheim.

Saag, 17. April. (Privatmeldung.) Aus New York
wird gemeldet, der Kriegsminister Baker ist von seiner
Europareise in einem Hafen des Atlantischen Ozeans ange-
kommen.

(Zweite Depeschen siehe auch Seite 4.)

Die Finanzreform von 1918.

Finanzielle Notwendigkeiten des Weltkrieges.

Die Goldreserven sind verarmt, ein jeder frucht und spärlich und lammert
und untere Kräfte bleiben leer.

Geheiß.

Einmal müßten wir an die Deckung der riesigen Kosten
herangehen, die dieser Krieg verursacht hat. Schon aus der
Rebe des Reichshauptkretars bei der Einbringung des Etats
war zu entnehmen, daß der neue Haushaltsplan für das
Reich um ein Defizit von etwa zwei Milliarden Mark bring-
en würde. Wir wußten von vornherein, daß die Deckung
dieses gewaltigen Defizits nur durch neue Steuern möglich
sein würde und lassen dem aufpassen Steuerbudget mit Hangen
und Bangen entgegen. Bisher waren die Milliarden im
Reichstage nur bewilligt worden — insgesamt 124 Milliar-
den! — jetzt gilt es in härtester Weise, als das bisher jemals
geesehen ist, für die Ausführung neuer Mittel durch
Steuern zu sorgen. Klarheit besteht wohl überall darüber,
daß die deutsche Finanzwirtschaft in der bisherigen Weise
nicht weitergehen konnte, da wir sonst in einen Sumpf ge-
kommen wären, aus dem es eine Rettung überhaupt nicht
mehr gegeben hätte. Wollten wir, daß unsere Finanzange-
legenheiten wieder einmal gelunben, dann
müßten wir schon während des Krieges an
die Ausführung neuer Mittel gehen! Diesen
Grundgedanken werden wir uns immer vor Augen halten müssen,
so unpopulär es auch die eine wie die andere Steuer jetzt
mag. Wir wollen hierbei auf folgendes bedenklich: In der
Kriegsfinanzierung an sich liegt Deutschland am günstigsten
da, günstiger auch als England, da von den bis jetzt bewilligten
124 Milliarden schon bis zur 7. April 72 Milliarden
durch langfristige Anleihen aufgebracht waren. Auf dem
Steuergebiet aber sind uns die Engländer über, die eine
jährliche Feuerliche Mehrerhebung von
6 Milliarden zuzufinden brachten. Hier also ist bei
uns eine Lücke, die jetzt geschlossen werden soll. Die vielen
Milliarden Kriegsanleihen verlangen Vergütung und es ist
selbstverständlich, daß wenigstens diese Zinsen in dem ordent-
lichen Etat gedeckt werden müssen.

Das zu bedenkende Defizit macht die ungeheure Summe von
2875 Millionen aus, also weit mehr als die Hälfte der ge-
samten deutschen Reichsschulden vor Beginn des Krieges
Das Defizit des vorjährigen Etats belief sich „nur“ auf 1256
Millionen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in dem ordent-
lichen Etat nicht die Ausgaben für Heer und Marine enthal-
ten sind. Ebenfalls enthält der laufende Etat die ge-
waltigen Ausgaben für Kriegskonten usw.,
die man jährlich mit insgesamt 3 Milliarden
Mark veranschlagen darf! Wenn wir das riesige
Defizit jetzt beden, dann find unsere Finanzen dadurch noch
nicht saniert. Mit Ende des Krieges erscheinen wieder die
Heeres- und Marineausgaben im Etat, sowie die Mittel
für die Kriegs-Zwangs- und Hinterbliebenen-Fürsorge.
Dann erst wird man von der großen Finanzreform sprechen
können, die eine wirkliche Geländung unseres Finanzwesens
bringen soll. Bei dieser künftigen Finanzreform werden noch
mehr Milliarden aufgebracht werden müssen als jetzt. Ins-
gesamt ist es berechtigt, wenn man jetzt nur von einer „Rei-
ne“ Reform spricht, mit der sich der Reichstag in den näch-
sten Wochen beschäftigen soll. Um sich von den ungeheuren
Summen, die jetzt durch Steuern neu aufgebracht werden
sollen, einen Begriff zu machen, sei daran erinnert, daß bei
der „Reform“ von 1887 120 Millionen Mark neue Steuern
bewilligt wurden, 1894 40 Millionen, 1900 50 Millionen,
1905 250 Millionen und 1909 500 Millionen.

Wenn wir uns die einzelnen von der Regierung in Vor-
schlag gebrachten neuen Steuern näher ansehen, ist zunächst
allgemein festzustellen, daß der Verbrauch der Löwenan-
teile der neuen Mittel aufzubringen dabei
insolfern, als man einen Teil der Umsatz- und Luxussteuer
nicht als Beiführer zu ansprechen können. Eine Zu-
sammenstellung der geplanten neuen Steuern ergibt folgen-
des Bild:

Beiführer:	
Kriegssteuern der Gesellschaften	600 Millionen
Umsatz- und Luxussteuer	1000 „
	1600 Millionen.
Beiführer:	
Schätzung der Post- u. m. Gebühren	125 Millionen
Beiführer u. m.	214 „
	339 Millionen.

Verbrauchssteuern:

Brennwein-Monopol	650 Millionen
Biersteuer	840 "
Weinsteuer	105 "
Schamweinsteuer	20 "
Steuer auf Mineralwasser usw.	51 "
Zoll auf Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade	76 "
Zusammen:	1241 Millionen.
Insgesamt 3180 Millionen Mark.	

Die hier vorgeschlagene Einteilung in drei Gruppen soll selbstverständlich nur eine rohe sein. Es ist klar, daß viele der neuen Abgaben, die sich unter der Rubrik der Umsatz- und Verbrauchssteuern, nicht als Verbrauchssteuern anzu- sehen sind. Am deutlichsten lassen sich nach dem bisher vorliegenden Material die Verbrauchssteuern zusammenfassen, die nach der obigen Aufstellung 1240 Millionen erbringen sollen. Am bedeutendsten erscheinen uns, um das schon heute festzustellen — auf Einzelheiten der Vorlagen wird noch mehrfach zurückzukommen sein — die pol- lischen Weizen-Einnahmen. Eine Erhöhung der Zoll- gebühren ist erst vor nicht langer Zeit eingetreten. Durch die neue Erhöhung wird Handel und Wandel in der empfind- lichen Weisse betroffen. Beträgt doch die Erhöhung des Disportos allein 3 3/4 Prozent. Der gleiche Erhöhungssatz trifft für Postkarten im Fernverkehr zu. Die Gebühren für Druckfaden werden gar um 50 Prozent erhöht! Aber auch der postalfache Geldverkehr wird neu betroffen. Johannes- wagen bei Beträgen bis zu 100 Mark werden um 5 Pfennig, bei Beträgen über 100 Mark um 10 Pfennig erhöht. Die Telegramm-Gebühren, die erst von 5 auf 7 Pfennig pro Wort erhöht worden sind, sollen jetzt eine weitere Erhöhung auf 8 Pfennig erfahren. Größlich sollen auch die Fernsprech- gebühren um weitere 20 Prozent erhöht werden. Der Reichs- zoll wird sich die Verbrauchssteuern, die am 1. Oktober d. J. nach dem Plane der Regierung in Kraft treten sollen, ganz besonders stark ansehn müssen. Wenn wir auch die letzten Zufänge durchaus nicht verkennen, daß neue Mittel unter allen Umständen herbeizufinden werden müssen, so möchten wir doch jetzt schon der Hoffnung Ausdruck geben, daß im Ple- num und in der Kommission des Reichstages alles getan wird, um gerade hier eine Wälderung zu ermöglichen. In spätester Weise soll jedoch die Börse herangezogen werden. Der Wechselstempel soll von 1/2 pro Mille auf 1/3 pro Tausend erhöht werden. Dazu kommt eine Erhöhung der Zinsen- steuern. Der Börse-Umsatz soll durch Erhöhung des Schluss- lothensampels getroffen werden. Eine Art Verbrauchs- steuer findet sich in diesem Steuerbudet durch die Erhöhung der Lantiensteuer von 8 auf 20 Prozent. Weitegehendes Inter- esse erfordert die Bestimmung, daß künftig auch Reichs- und Staatsanleihen (einschließlich Kriegsanleihen) dem Börse- ampel unterliegen sollen. Hier wird ein Mehrbetrag von 200 Millionen erhofft. Der Satz, insbesondere der für Kriegsanleihen, soll allerdings ein sehr minimales sein.

Bei einem kurzen Blick auf die Verbrauchssteuern, wie er im Moment nur möglich ist, fällt das erste deutsche Monopol, das Brennwein-Monopol auf. Uns summt dabei der alte Vers in den Ohren:

„Nun, mein Sohn die Welt erkennen,
Kobol ist es, Schnaps zu brennen,
Schon oemeiner, ihn verkaufen,
Proletariat, ihn zu kaufen.“

Dem alten Sprichworte wird jetzt der Garatz gemacht. Soll doch der Gesamtbeitrag dieses Monopols jährlich 647 Millionen Mark betragen, was gegenüber der jetzigen Abgabe an Wein von 641 Millionen Mark bedeutet. Das Monopol an sich bedeutet keine Ueberzählung. Wir wähten bereits jetzt gleicher Zeit, daß man mit der Einführung von Mono- polen dem Spiritus den Anfang machen würde. Der An- satz dieser Vorlage besteht in der Hauptfache darin, daß die bisherige Spirituszentrale verstaatlicht wird. Aus dem heftigsten Brennwein sollen künftig rund 900 Mark für die Losen des Reichs gewonnen werden. Die Reinerträge treten jetzt sofort klar in Erscheinung, weil die Destillateure abzuhängen sind! Ihre Abfindung soll sich auf die Dauer von 10 Jahren verteilen. Ein Zehntel der Brenn- wein-Verzeugung soll vom Monopol frei bleiben und für seine weitere Verwendung finden, die dann durch eine Sonder- steuer von 1 Mark pro Liter ersetzt werden sollen. Eigen- artig mutet uns die weitere Erhöhung der Bier- steuer an. Man untercheidet hier zwischen Starkbier (Wo- git es das?) und Einfachbier. Ingesamt soll hier die Neu- ordnung der Steuer einen Mehrbetrag von 184 Millionen Mark (513 gegen 329 im Frieden) ergeben. Dem sozialen Gesicht soll durch eine Staffelnung Rechnung getragen werden, so daß kleinere weniger als größere getroffen werden. Neu ist die Weinsteuer, die seit dem 9er Jahren des dotigen Jahrhunderts mehrfach den Reichstag beschäftigt hat und heils abgelehnt wurde. Die jeweilige Mehrheit des Reichs- tages war bisher immer der Meinung, daß durch eine der- artige Steuer der kleine Weinbauer wirtschaftlich ruinirt werden würde, weil ein jeder Abwärtsverlust auf den- gleichen Verbraucher doch nur zum Schaden des Wingers ausfallen würde. Doch beruft sich die Regierung auf die jeweilige Preissteigerung der Weine — man spricht in Weinbau treibenden Gegenden mit Recht von „Hypothekent- ligen“. Die Situation in der Weine, die bisher auf drei verschiedene Sätze bazierte, soll eine Vereinfachung durch erleichtern, daß künftig eine jede Zölse 3 Mark bringen soll. Damit die Alkohol verbrauchenden Staatsbürger nicht um a zu halften Stoff abwandern, soll auf diesen Betrag entzogen werden. Durch diese Steuern erhofft man einen Mehrertrag von 51 Millionen, wozu schließlich noch ein Mehrbetrag von 75 Millionen für erhöhte Kaffee, Tee- und Kakao-Zölle kommt.

Schwere Bedenken stellt die von der Regierung ge- plante Regelung des Warenumsatzsteuerns aus, der von 1 auf 5 pro Mille erhöht wird. Aber nicht nur Waren,

Für drei Milliarden Mark neue Steuern.

Das größte Finanzreform-Projekt Deutschlands. — Der hauptsächlichste Inhalt der zwölf neuen Steuer- vorlagen. — Das erste Monopol in Deutschland.

1. Das Brennweinmonopol.

Alles erzeugter Brennwein ist an die Monopolver- waltung abzuliefern. Wo ausnahmsweise kein Brenner die Rückhaltung des Brennweines gestattet wird, muß er den Brennweinausschlag zahlen. Die Rontingierung und der Durchschnittsbrand bleiben bestehen. Das neu zu er- richtende Monopolamt besteht aus der Vermaltungs- richtende Monopolarbeit, welche die Rontingierung und die Geschäftsbüro ist. Dagegen tritt ein Beirat aus zwanzig Mitgliedern und zwar: fünf Mitglieder des Bundesrats, fünf Mitglieder des Reichstages, fünf landwirtschaftliche Brenner, fünf von der Monopolverwaltung vorgeschlagene Vertreter der gewerblichen Brenner. Die Verkaufspreise sind zu festzulegen, daß dem Reiche nach Abzug aller Kosten eine Reinertrage für einen Hektoliter von 800 Mark ver- bleibt. Der Preis für Trinkbrennwein ist teuer, für ge- werblichen Brennwein billig. Die Monopolverwaltung wird auch die einfacheren Trinkbrennweine herstellen, die Destillateure werden abgefunden. Bei der Herstellung von Markenbrennwein ist nach eine besondere Abgabe von einer Mark für den Liter zu bezahlen.

2. Biersteuergezet.

Die Biersteuer bedeutet den Uebergang zur Fabrikats- steuer unter Einführung der Rontingierung. Die Steuerhöhe sind je nach der Größe der Brauerei von 10 Mark bis 12,50 Mark für den Hektoliter gesteuert.

3. Weinsteuer.

Die Weinsteuer wird erhoben beim Verkauf oder Händler, wenn der Uebergang vom Verbraucher stattfindet. Er beträgt 20 Prozent vom Werte. Ein Weinprüfungsamt stellt im Zweifelssfällen den Wert fest. Es ist Nachbesteue- rung für Weine der letzten drei Jahre vorgesehen.

4. Schaumweinsteuergezet.

Die bisherige Staffelnung von 1 bis 3 Mark wird durch den einheitlichen Satz von 3 Mark ersetzt.

5. Gezet betreffend Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Die Sätze für Mineralwässer, Saponaden und konzentr- tierte Runtlimonaden sind gesteuert von 1/4 Pfg. bis 1,20 Mark, je nach Raumegehalt der Geze. Der Kaffeezoll wird auf 180 Mark für einen Doppelzentner, der Zoll für Kakao- bohnen auf 50 Mark, für Tee auf 220 Mark, für Schokolade auf 140 Mark für den Doppelzentner festgesetzt.

6. Gezet betreffend Erhöhung der Post- und Telegraphen- gebühren.

Abweichen von bisherigen Sätzen wird das Porto in Zukunft betragen: für Briefe bis 20 Gramm im Ortsverkehr 10 Pfg., für Briefe bis 250 Gramm im Ortsverkehr 15 Pfg., für Fernpostkarten 10 Pfg. Ferner sind Erhöhungen vorge- sehen für Drucksachen, Geschäftsbriefe, Pakete usw. Die Telegrammgeldsätze werden auf 8 Pfg. für das Wort erhöht. Von der Reichsabgabe befreit bleiben unter anderem Presse- telegramme.

7. Gezet über die Kriegsteuer der Gesellschaften für das viele Kriegsgezeze.

Die Gesellschaften waren schon früher geleich ver- pflichtet worden, 60 Proz. des im vierten Kriegsjahr er-

auch Leistungen fallen fernehin getroffen werden. Wer das Recht hat, zum Art oder Rechtsanwalt gehen zu müssen, wird künftig unter diese Steuer fallen, denn es ist doch anzunehmen, daß nicht Mediziner oder Juristen die Steuer selbst tragen werden. Auch die Werke von Schrift- stellern und Künstlern, sowie die Zeitungsinerale sollen be- treffen werden. Hier werden sich die Steuerreformer gerade gegen die Klassen, die ohnehin unter dem Kriege am schwer- sten zu leiden hatten. Es liegt auf der Hand, daß man hier gleichfalls von seiner Bestheuer reden kann. Dagegen ent- fällt diese Vorlage erfreulicherweise auch eine Zusat- tsteuer, bei der sich die Sätze bis zu 20 Prozent steigern. Die Kriegsteuern in dieser, die als eine reine Be- steuerung des Wertes angesehen werden kann, soll diesmal nur in Form einer besonderen Gesellschaftsteuer heranzu- gen. Diese, die Aktien-Gesellschaft und Gesellschaften m. b. H. trifft. Vorgehen ist ein Normalzoll von 60 Prozent, der Gewinne von mehr als 500 000 Mark voraussetzt. Gewinne unter diesem Betrage werden mit ge- ringeren Sätzen belegt. Bei der Anwendung des Normal- zollens von 60 Prozent ist weitere Voraussetzung, daß die Ver- zinsung des Grund- oder Stammkapitals mehr als 25 Prozent erreicht. Endlich ist noch das Steuerzellegeze zu erwähnen, das eine Neuheit darstellt. Es soll eine Abwan- derung der Kapitalisten verbieten und bestimmen, daß alle ab- wandernden Personen künftig noch für weitere 5 Jahre gegenüber dem Reiche, dem Staate wie auch gegenüber den Kommunen steuerpflichtig bleiben sollen. Als Sicherheit sind bei der Abwanderung ins Ausland 20 Prozent des Gesamtvermögens zu hinter- legen.

Mit diesen Betrachungen müssen wir uns bei einem ersten Ueberblick auf das riesige Steuerbudget begnügen. Es ist, um das einschleud gebrauchte Wort Goethes noch einmal zu zitieren, getracht, geordnet und gesammelt worden, und doch werden die Klassen mehr denn je. Der Reichsanwalt hat füglich gesagt, daß jetzt mehr denn je die Tat höher als das Wort zu schätzen ist. Das gilt füglich auch für die Be- schaffung der nun einmal notwendigen Milliarden. Das darf und kann aber nicht ausschließen, daß sich der Reichs- tag eine jede der Vorlagen mit größter Sorg- falt anschaut. Nach ein anderer Gebanke ist es, der sich ausdrängt: Das Bindep gewaltiger Steuererlagen und die Erkenntnis, daß es damit noch nicht einmal getan ist, wird die Ursache sein, daß die Erörterung der Kriegsteuern, insbesondere die Frage der Kriegsteuern-Abhebung, gewaltfam in den Vordergrund einer jeden öffentlichen Dis- kussion gerückt wird.

Carl Helms.

zielen Mehrgewinnes als Sonderabgabe in ihre Bilanz einzustellen. Die Abgabe ist je nach der Höhe des Re- gewinnes gesteuert von 10 bis 50 Prozent.

8. Gezet zur Aenderung des Wechselstempelgezes.

Kauf- und Verkaufsgeschäfte in Wertpapieren wer- den riefunden befreit, je nachdem der Käufer ein gemein- schaftlicher Effektenhändler oder ein Privatmann ist. Das Privatpublikum hat die höheren Sätze zu zahlen. Die Sätze betragen: a) bei Kriegsanleihen ein Zehntel vom Tausend bezw. ein Zehntel vom Tausend. Geschäfte in Kriegsanleihen werden am niedrigsten befreit; b) andere Reichs- und Staatspapiere vier Zehntel vom Tausend bezw. zwei Zehntel vom Tausend; c) ausländische Staatspapiere, in- und aus- ländische Gemeindefondsbescheinigungen, in- und aus- ländische Handelsbriefe, Aktien und Schuldbescheinigungen ein Zehntel vom Tausend; d) sonstige Renten und Schuldbescheinigungen ein Zehntel vom Tausend; e) Aktien, Rente und drei vom Tausend bezw. fünf Zehntel vom Tausend; f) ausländische Banknoten, Papiergeld und Geld- sorten einheitslicher Satz zwei Zehntel vom Tausend.

II.

Besteuerung von Geldmässen (Depositen und Konto- korrenten). Die Steuer wird erhoben von den Zinsen, die der Banker zahlt. Es ist gesteuert von 1 vom Hundert bei weniger als 100 000 Mark, bis auf 3,82 vom Hundert bei mehr als 10 Millionen Mark.

III.

Erhöhung des Stempels bei Gesellschaftsverträgen von 4/5 auf 5 vom Hundert.

9. Gezet zur Aenderung des Wechselstempelgezes.

Die Sätze betragen für Wechsel unter 250 Mark 15 Pfg., von 250 bis 500 Mark 30 Pfg., von 500 bis 750 Mark 45 Pfg., von 750 bis 1000 Mark 60 Pfg., für jede weitere 1000 Mark 60 Pfg. mehr.

10. Umsatzsteuergezet.

Der Steuer unterliegen nicht nur die Waren, sondern auch die Leistungen; die bisherigen Befreiungen des Waren- umsatzsteuerezes bleiben erhalten. Die Steuer beträt fünf vom Tausend. Außerdem werden mit einer besonderen werke, e) Antiquitäten, f) photographische Handapparate, g) Hügel, Klaviere, Harmonien und mechanische Spielwerke, h) Handwerke, e) Motorschiffe für Land und Wasser, i) Leinwand, j) Pelzwerke. Der Steuerzoll beträgt für Edel- metalle und Edelsteine 20 Prozent, für die übrigen 10 Proz vom Werte.

11. Entwurf eines Gezes gegen die Steuerflucht.

Zur Bekämpfung der Steuerflucht (Personenflucht) wird die Verschickung der Steuerzahlung für die Personalkasse auf fünf Jahre nach Aenderung des Reichsgezes erlöst. Vor der Abwanderung ist Sicherheit zu leisten (20 Prozent des Vermögens). Aber die Steuer hinterzogen mit Frau und Kindern expatriert. Zahlte er die Steuer später nach erlangt er seine Staatsangehörigkeit wieder.

12. Der Bierzoll.

Der Bierzoll wird erhöht in Gefässen über 15 Liter auf 18,85 Mark, unter 15 Liter auf 25 Mark.

Deutsch-nationale Tagung in Wien.

Gegen unerwartete Einflüsse.

Wien, 16. April. Wie die „Allgemeine Wiener Zeitung“ meldet, wird parteilich verlaunzt: Heute vor- mittag traten die Deutsch-Nationale Partei und die Deutsch- Nationale Vereinigung unter dem Vorsitz Dr. Gypfosters zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der die unge- heure Erregung zum Ausdruck kam, welche in allen Schichten der Bevölkerung wegen der jüngsten Ereignisse herrscht. Insbesondere wurden die Einflüsse, welche vom unerwart- lichen Stellen auf wichtige Staatsgeschäfte ausgeht werden, in abfälliger Weise besprochen und darauf hingewiesen, daß künftighin solche Einwirkungen unbedingt ver- hindert werden müssen. Ueber den Rücktritt des Grafen Gernin wird alleis das lebhafteste Bedauern ausgesprochen. In so fern, als bei dessen Scheiden aus dem Amte keine Säkulation der staatsfeindlichen Elementen gegenüber mitge- wirkt zu haben scheint.

Die Ministerwahl im Auto.

Buapert, 16. April. Ministerpräsident Dr. Beterl war am Vormittag beim König und begab sich nach dieser Auhung in die Ministerkonferenz. Um 10 Uhr war Graf Stefan Tija zum König beschieden. Der König besuchte jedoch die fränke Erzhertogin Chlothilde in Meut. Er lud den Grafen Tija ein, ihn im Auto zu begleiten. Die Auhung Tija war also lo vor sich gegangen. Auf dem Rückwege fuhr mit dem König im ersten Auto der gewesene Finanzminister Baron Burian, im zweiten Auto folgte Graf Tija mit dem Oberhofmarschall Nikolaus Seelen. Beide Politiker be- gleiteten den König in seine Gemächer. Wie eine offizielle Korrespondenz meldet, waren sie in keinen Kreis auch beim Mittagessen zugelassen worden. Nachmittag 3 Uhr begab sich der König auf seine Besichtigung in Gödö.

Die weitere Beschiebung von Paris.

Wien, 16. April. 16. April. Amlich. In der Nacht vom 15. zum 16. April wurden bei der Beschiebung von Paris ein Einmalen gesteuert und zwei Mann verurteilt. Paris, 17. April. (Amlich.) Das weittragende Ge- schick der Beschiebung der Gegend von Paris im Laufe des 16. April fort. Dreißen Tote und 45 Verwundete.

Englischer Heeresbericht

Am 16. April Abends: Schwere Kämpfe fanden heute auf der Front von Metzern bis Westphale statt. Heute bei Morgenstunden erneuerte der Feind seine Angriffe mit Wucht bei Westphale und Scharbro- wolen. Unterstützt von schwerer Beschiebung, übertrafen sich keine

Transport unter Umständen unter dem Schutz des Abels und ergreifen nach einem Angriffen vor den Deutschen. In Meinen Sinne es dem Besitze überlassen, in Beside des Deutschen im Jahre 1918 zu haben, wo der Kampf anbrach. Im dem übrigen Teil der genannten Front werden die feindlichen Angriffe abgewiesen. Der Feind unternehm heute fast immer einen harten Widerstand auf unsere Einwirkungen gegenüber Spanien ähnlich. Der Kampf dauert in diesem Gebiet noch an. Die feindliche Artillerie hat heute keinen Vorteil über und im Gebiet des Sa-Baltes-Kanals. Deutsche Infanterie-Abteilungen, die in der Umgebung von Dronich sich sammelten, wurden von untrer Artillerie unter Feuer genommen und zerstört. Gelegentliche beiderseitige Artillerieeinstöße im Umgebungsgebiet. Am der übrigen kritischen Front ist die Lage unbesichert.

Der Marinehaushalt im Hauptauschuss.

Der Marinehaushalt wurde Mittwoch vormittag im Hauptauschuss des Reichstages weiter beraten.

Herr Spiegel (Soz.) wünscht, daß die Arbeiterauschüsse von den Verleuten in den Stand gesetzt werden, die ihnen obliegende Vertretung der Arbeiterinteressen besser wahrzunehmen.

Herr Dr. Pfleger (Zentr.) tritt noch einmal für Beamtensauschüsse ein und führt aus, daß die angeforderten Beamtensstellen sich in bestehenden Rahmen halten, obgleich früher verkümmert wurde, die Stellenzahl auf der erforderlichen Höhe zu halten. Die Streichung der Intendanturstellen würde fiskalisch bedenklich sein.

Staatssekretär v. Capelle: Persönlich bin ich kein Gegner der Beamtensauschüsse, aber ich bin nicht in der Lage, eine andere Zusicherung zu geben, als daß ich den Antrag, wenn er angenommen wird, weitergeben und förmliche Beratungen anregen werde. Die geforderten Intendantur-Beamtens sind bereits für die Demobilisierung dringend notwendig.

Herr Brandes (N. Soz.): Das unbestreitbare Wohlwollen des Staatssekretärs für die Arbeiter und Arbeiterauschüsse muß praktisch mehr bekräftigt werden. Es wird erneut darüber gefordert, daß Vertretungsmänner der Arbeiter eingesetzt werden und die Tätigkeit der Arbeiterauschüsse, zum Beispiel in Friedensrat, eingeschränkt wird.

Herr v. Heintze (Soz.): Das System der im Vorjahre durchgeführten Besuche hat der Staatssekretär mit erfreulicher Deutlichkeit abgelehnt, aber den Eindruck, daß sie befehen, hat unter den Beamten dieses Vorjahres. Mit Vertretungen in Bezug auf die Beamtensauschüsse kommt man angeht der wirtschaftlichen Lage nicht mehr aus. Staatssekretär v. Capelle: Wir haben manches bereits durchgeführt. Im Offizierskorps befinden sich auch Säbne mittlerer Beamten.

Herr Dr. Straupe (Komm.): Verschiedene Aufgaben der Intendanturteile könnten nachgeordneten Stellen übertragen werden.

Herr Graf Helfarp (Komm.): Das Bedürfnis nach den neuen Stellen ist nachgewiesen, es handelt sich um dauernde Aufgaben. Die Frage der Beamtensauschüsse ist noch nicht spruchreif, insbesondere ist ihr Aufgabenkreis noch nicht bestimmt.

Herr Streckmann (Natl.): Besteht eine Abneigung dagegen, Offiziersaspiranten aus dem Volksschulerverband zu nehmen?

Staatssekretär v. Capelle: Der Änderung zur Marine ist außerordentlich groß, so daß die Hälfte der Bewerber abgewiesen werden mußte, darunter auch Säbne von mittleren Beamten und Lehrern. Ich bin aber ein scharfer Gegner dessen, daß Ständesunterschiede gemacht werden.

Schritte auf der Treppe.

Roman von Marie Stahl. (Nachdruck verboten.)

„So hatte ich die Sache eigentlich Segen gebracht? Er lächelte sich langsam und nachdenklich ein Streichholz in seiner Korridor an. Das aufflammende Licht zeigte eine heftig glühende Treppe.

„Nur nicht so! Die Verbindung mit Bürgermeisters brachte ihn mit einem Ruck ins Geiste, beantwortete er scheinbar seine eigene Frage, die so merkwürdig in ihm laut geworden, als spräche jemand zu ihm. Sein höchstes Ziel, das höchste Gefühl in Rohn und Futtermitteln von Rohnz & Schmidbach selbständig zu übernehmen, wo er Produkt gewesen, wurde erreicht. Aber — wie sah es mit seinem häuslichen Glück aus?

Sonntag schließerte er das heuerne Streichholz fort, das er so lange im Gedanken angezündet, bis es ihm in die Finger glühte und sich. Das läßt sich nicht durch Hintertüren erreichen, sagte wieder die unangenehme deutsche Stimme.

„Jetzt habe er genug. Was stand er hier wie ein Narr? Das kommt davon, wenn die Frau nicht einmal das höchste Rücklicht nimmt, auf den Mann zu warten oder wenigstens Licht für ihn brennen zu lassen! Vergessen und nicht alles leise trappete er die Treppe hinauf in das eheliche Schlafzimmer. Erlaunt blieb er dort auf der Schwelle stehen. Frau Käthe hatte einen großen Wanksturz um ihr Bett gefallt.

„Das soll denn das heißen?“ brummte er näher tretend, aber nichts rührte sich und er gewahrte, daß sie, der Wank ausgeführt, seit zu schlafen schien. Er wußte nun ganz genau, daß sie einen sehr leisen Schlaf hatte, und um diese Zeit schloß sie überhaupt sonst noch nicht. Das war also Komödie. Er schwankte, ob er mit dem Fuße aufzuklimpen und ein Donnerwetter loslassen sollte, aber ob er sich lieber auf Käthens Bett setzen und sie in den Arm nehmend sagen sollte: „Schneutele, du bist wohl reineres jung und gar malsüßig?“

Herr Käthe, tausendmal lieber! Aber es kam so, daß er sich für Feins von beiden entscheiden konnte; der Jörn nahm ihm die Lust zur Liebe und die Liebe nahm ihm den Mut zum Jorne. Nachdem er genugsam Käthens Hintertopf mit den schönen braunen Säpfen angesehen und wütend betrachtet, wandte er sich ätzend seinem Jorne zu. Bei der Nachtstille machte er

Postfragen im Reichstag.

Gewaltige Schwierigkeiten der Feldpost. — Tod vieler Postbeamten durch feindliche Geschosse. Auf Mitarbeiter muß Vertrauen folgen. Berlin, 17. April.

Der Reichstag beriet heute den Postauschussrat in zweiter Lesung.

Herr Abgeordneter erzählte den Bericht des Ausschusses und trat für die Erhöhung der Gehälter der höheren Unterbeamten ein, die bereits voriges Jahr vom Reichstag beantragt wurde. Er sprach die Hoffnung aus, daß der neue Staatssekretär die nötigen Reformen im Postwesen und Telegraphenverwaltung durchzuführen werde und sollte der ganzen Beamtenschaft Dank für ihre großen Leistungen. Allen Wünschen gerecht zu werden, sei mit dem gegenwärtigen Personal schwer.

Staatssekretär Ribbins: Die Mehrausgabe von 7,9 Mill. Mark entfällt zum größten Teil auf die fortlaufenden Ausgaben. Mit der Errichtung neuer etatsmäßiger Stellen ist sparsam vorgegangen worden. Die Ausgaben werden wesentlich beeinflusst von den Teuerungszulagen für die Arbeiter und den um ein vielfaches gesteigerten Materialpreisen. Den Teuerungszulagen haben wir durch besondere Zulagen zu begegnen verlangt. Die Postdirektoren fallen nur zum Teil den Beamten zur Last. Die Feldpost hat mit gewaltigen Schwierigkeiten zu kämpfen und eine große Anzahl pflichttreuer Beamten haben am Sortierdienst oder auf dem Rückweg dem Tod durch feindliche Geschosse erlitten. Zum ersten Male wird den Beamten in diesem Sommer der volle Erholungsurlaub, wie vor dem Kriege gewährt werden.

Herr Anden (Zentr.): Eine große Zahl von Postbeamten hat den Tod fürs Vaterland gefunden. Erheben ihnen Andenken! Alle Grade der Beamtenschaft haben ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Nach Möglichkeit sollten unsere Beamten in höhere Stellen einrücken. Staatssekretär Ribbins: Die Mehrzahl der Befragungen bei Postdirektoren betreffen das nichtfähige Personal. An

Herr Koße (Soz.): Die Hemmungen gegen Beamtensammlungen liegen in der Hauptsache beim Reichsfinanzamt. Mit der Abweisung solcher neuen Stellen, gegen deren Schaffung wir Bedenken haben, ist eine Kritik der im Amt befindlichen Personen nicht beabsichtigt. Für die großen Arbeiten nach dem Kriege werden Kraft frei sein, die jetzt unmittelbar mit dem Aufgeben des Krieges zu tun haben.

Herr v. Camp (Deutsche Fr.): Hoffentlich beschränken sich die Sparmaßregeln nicht nur auf die Marine. Bei der Abkündigung werden die Intendanturteile gestrichen, nur fünf Intendanturteile bewilligt, für die über die Beamtensauschüsse angenommen, die einmaligen Ausgaben ohne Erörterung genehmigt, und damit ist der Marineetat erledigt.

Staatssekretär von Capelle über die Schiffsramm der Gegner.

Kampf U-Boot gegen Schiffsarm. Berlin, 17. April. Bei der heutigen Beratung des Haushalts für die Kaiserliche Marine im Hauptauschuss des Reichstages erzählte Staatssekretär v. Capelle noch einmal das Wort zum U-Boot- und Fischfangfrage.

Der Donnergans an Sonntag ist der beste Beweis, wie weit die Schiffsramm bei untern Gegnern bereits gelitten ist. Zu den Verlusten treten der stark Beschädigung der Schiffe und die gewaltige Steigerung der Gewinnaufwendungen. Gegenüber den Behauptungen einzelner Staatsmänner über ungenügende starke Verluste an U-Booten stellte der Staatssekretär fest: Die Verluste überwiegen noch wie vor die Gewinne. Wir können auch weiter mit der bisherigen militärischen Leistung unbedingte rechnen. Ob Lord George nach verlorenem Vandrang den Seefried mit Aus-

eine Aufhebung der Post für Postbefugungen, zu der mir beauftragt wären, denken wir nicht. Die Postfreiheit für Feldpostbefugungen wollen wir beibehalten. Den Wünschen der Postagenten und Postmaster ist durch eine Aufhebung in den letzten Monaten schon entgegen worden.

Herr Taubadel (Soz.): Die Post- und Telegraphenverwaltung wird als ein Zufallsinstitut für die Reichsmittel angesehen. Das beweist auch die wiederum geplante Reichsabgabe unter den Steuerunterlagen. Angesichts der hohen Steuern sollte das alte Prinzip der Postfreiheit der Beamten befristet werden. Wir hoffen, daß es dem Staatssekretär gelingen wird, die Unzufriedenheit unter den Beamten zu beheben und den Postbetrieb auch in sozialer Beziehung zum Mutterbetrieb zu machen.

Herr Sührich (Fr. Vpt.): Publikum, Presse, Parlament und die große Beamtenschaft erwarten vom neuen Staatssekretär, daß er die zahlreichen alten Klagen befragt, für die kein Amisnoräger kein Verständnis hatte. Ich wäre dem Staatssekretär sehr dankbar, wenn er erklären wollte, daß die Beamtensammlungen als verhandlungsfähige Faktoren von den Behörden anerkannt werden sollten.

Der Herr von Heintze aus eine solche der Beamtens folgen Die schlechte Wirtschaftlage der Beamten muß beseitigt werden. Dadurch haben wir die Moral und die Arbeitsfreudigkeit der Beamten. Das ist wichtiger als die Erparnis einiger hundert Millionen Mark. Die Beamtensammlungen sollen höherer und mittlerer Beamten ist zu lang. Besonders ungünstig ist die Offiziersklasse gestellt. Auch die Bezahlung der Beamtinnen und Unterbeamtinnen muß erhöht werden. Nicht nur Wohlfahrt, auch Rechte und Freiheiten sollte den Beamten gewährt werden. Darin wird der Staatssekretär uns stets an seiner Seite finden. (Beifall.)

Darum wird die Weiterberatung auf Donnerstag 3 Uhr nachmittags vertagt. Außerdem Etat der Bundesbruderei und der Reichsfeuerbahn.

sicht auf Erfolg führen kann hängt nicht von seinem Willen, sondern vom Kampf U-Boot gegen Schiffsarm dem Schiffsarm ab. Nach Klaus Ritter sind in den letzten sechs Jahren vor dem Kriege jährlich etwa zwei Millionen U.S.A. auf der neuen Welt hergestellt, durch den Krieg sind etwa 800 000 U.S.A. von Japan vom Welt-Schiffarm vertrieben worden. 14 Millionen U.S.A. ist also der jährlich neue Zuwachs für die ganze Welt gewesen. Amerika und Japan Neubauten werden für die eigenen Bedürfnisse dieser Länder bis zu einem gewissen Grade ausgebaut. Es bleibt also in der Hauptsache die Lage des englischen Schiffbaus zu betrachten.

In die Statistik 1917 wurden von England an amerikanische Städte mehr als 100 Millionen Tonnen verschifft, dann eine Land George auf zwei Teufel und hat hier nach Angabe von Lord George das Ergebnis mit 1,16 Milliarden Ton. Dieser Industriestellung von rund 100 000 U.S.A. T. Reiz demnach die Verluste von 600 000 U.S.A. gegenüber, alle das Schicksal. Selbst wenn man die gesamten Verluste als zu niedrig ansieht, und eine Beamtensammlungen mit 100 000 U.S.A. T. also 20 Prozent höher annimmt und auch die Beamtensammlungen auf 45 000 U.S.A. T. setzt, so sind die Verluste um ca. 50 Prozent zu hoch wie die Reibungen.

Somit, was nur noch die unbedingt notwendigen Transporte für Lebensmittel und Kriegsgüter befördert werden können, bedeutet die Beamtensammlungen nach einer kleinen Schiffe etwas ganz anderes, wie die Beamtensammlungen des U-Bootes, was bedeutet den Fall eines Schiffes aus dem Verkehr von 4-5 Frachtkübeln. Unter diesen Umständen muß auch der größte Seefried einsehen, daß die Lage der Gegner sich in stark wachsendem Maße und mit schnellen Schritten verschlechtert und daß jeder Zweifel an dem endgültigen Erfolg des U-Bootes nicht berechtigt ist. (Beifall.)

Der Staatssekretär v. Capelle betrat heute einziehend den amerikanischen Schiffsbau. Für die Ausfüllung der patierten Kleinenprogramme müssen zunächst die Bauforderungen angelegt werden. Im Jahre 1917 hat Amerika nach eigenen un-

noch verschiedene Verluste, Käthens Interesse über menschliche Teilnahme zu erwecken. Er tat so, als könne er die Siefel nicht von den Füßen kriegen, ballte an den Schweißhänden und höhnte: „Donnerwetter, hat sich das Zeug verknüpft!“

Käthe züchte sich. Käthe schiefte sanft und ruhig. Dann hatte er ein plötzliches Bedürfnis nach einem reinen Aufkommen, sich geräuschlos Schiffsführer aus der Kommode, zerrte Käthe hervor, schimpfte über einen fehlenden Knopf, brummte etwas von „niemand, der sich um ihn kümmere“, aber Käthe schloß wie eine Tote.

Nachdem er sich auf die tragende Lagerlatte gemorren, seufzte er jämmerlich: „Gott, wenn mir doch jemand mein Katron holte und ein Glas Wasser!“ Doch das Katron blieb ungehört. Erst als er leise und tief im Schlafe atmete und schnarchte, bewegte sich Käthe leise und legte sich schlaflos auf die andere Seite.

Am folgenden Morgen beim Erwachen fand er Käthens Bett bereits leer. Er kam sehr fröhlicher Laune an den Frühstückstisch; zwar wäre es ein selbsterfülltes für seine Frau gewesen, ihn umzustimmen, aber sie war zunächst gar nicht anwesend.

Zum Donnergang, wo ich denn meine Frau?“ brüllte er das Dienstmädchen, das ihm den Kaffee brachte, an, so daß Entlie vor Erzorn das Körbchen mit den Semmeln fallen ließ. Und dann kam Käthe. Ganz in eine Küchenhülle eingebunden, in der Hand ein gebrauchtes Küchenmesser. „Wißt du etwas von mir? Ich habe draußen zu tun.“ Und so fort und unahndbar stand sie vor ihm, mit streng gerunzelten Brauen, daß er sie verstand und benommen anstarrte. Ausziehen tat sie dabei zum Freilich hüßlich.

„Was soll denn das heißen?“ fragte er etwas tonlos. „Was sind denn das für neue Moden?“ „Was mein ich?“ Sie habe eingeladen, daß ich etwas früher aufstehen muß, das Mädchen wird allein nicht mit der großen Wohnung und den Kindern fertig. Und darum muß ich auch zeitiger zu Bett gehen.“ „So? Wenn es weiter nichts ist, dann nehmen wir eben ein zweites Mädchen.“ „Nein, danke. Ich habe genug mit einem.“ „Ich aber nicht.“ „So will nicht, daß du für mich nicht mehr zu haben bist. Wogu habe ich denn da eine Frau?“ Käthe zeigte ein elastisches, abwandelndes Gesicht; es entstellte ihre hüßlichen Züge. „Sei doch nicht lächerlich! Darüber sind wir doch hinaus.“

„So? Meinst du? — Seit wann denn?“ Käthe grüete die Taschen und wandte sich ab. „Weißt mal gefälligst hier, ich will meine Kaffee nicht allein trinken. Und abends, wenn ich nach Hause komme, soll meine Frau da sein und sich freuen, mich zu sehen, und soll mich ein Bierchen trinken und mich in der grünen Sofakante sitzen und lachen und mich in altes Langenachen um Gesellschaft und was es sonst in der Welt gibt, verzeihe. Und sie soll ein bißchen nett sein und mich lieb haben und für mich sorgen. Weißt du nun, was ich will?“

Käthe machte ein Gesicht, das sie wie mit Stacheln und Dornen umgab. „Die Arbeit ist doch wichtiger als solche kindereien“, bemerzte sie schroff. „Jetzt sitz ich die Galle hoch. Seine Frau fiel schwer auf den Tisch, daß Lassen und Teller klirren. „Wenn du nicht meine Frau, sondern nur meine Arbeitsmagd sein willst, dann hätte ich dich nicht zu heiraten brauchen!“ Ichnete er sie an.

„Ich habe dich nicht aufgefordert, mich zu heiraten“, sagte sie eilig und leise, und dann ging sie mit lässiger Ruhe hinaus. „Um war der Appetit vergangen, er warf alles durcheinander auf dem Frühstückstische und lief fort in sein Geschicktsontor.“

Als festiger, gewissenhafter Geschäftsmann pilgte er bei der Arbeit häuslichen Metzger zu verrichten. Im ganzen nahm er die Launen seiner Frau nicht wichtig, vielmehr war es nicht seine Schuld, wenn er die Frau als Persönlichkeit nicht hoch einschätzte; das war überlieferung und daterierte schon von den untersten Stammeltern her, wo man anfing, sich zu lädnen, daß man eine Mutter habe und so etwas wie Schweitern mit Freundsinnen und Cousins.

Als Sohn eines früh verstorbenen Bankpatrons, der eine Witwe mit acht Kindern hinterließ, hatte es für ihn zum Studieren nicht gereicht, aber er hatte es bis zum Einjährigen gebracht, kein Jahr gedient und war mit Hilfe eines väterlichen Referendariats-Offizier geordnet. Der geliebte Kern seines Lebens und die Pflichttreue bei der Arbeit machten ihn zum tüchtigen Kaufmann. Sein Geschäft blühte und wuchs, so daß er sich jetzt mit 45 Jahren zu den bestsituierten Bürgern Nabelands zählen konnte, und das gab ihm eine große innere Genugtuung. Wenn nur nicht die häßliche Sache mit seinem Schwiegervater gewesen wäre, die entlang, ihm den Ort und die Menschen darin zu verdrängen! Niemand wagte es, ihn zu beschuldigen, aber er wußte doch, was sie taten und hinter seinem Rücken arbeiteten!

(Fortsetzung folgt.)

heutigen Verordnungen 750 000 Pruta-Kriegler-Lenzen leuchtende Schiffe gebaut. Die materielle Hilfe für die Entente ist nach Amerika's Eintritt in den Krieg nicht etwa gestiegen, sondern erheblich zurückgegangen. ... Die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen den Alliierten ...

Der Minister des Innern hat keine Rücktrittsabsichten.

Berlin, 17. April. Die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz bringt über angebliche Rücktrittsabsichten des preussischen Ministers des Innern H. v. Helldorf ...

Deutschlands Vertretung in Moskau.

WTB. Berlin, 17. April. Das Volkswirtschaftliche Komitee für Insubordination Angelegenheiten in Moskau hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß es dem Eintreffen der deutschen diplomatischen Abordnung in Moskau entgegenstehe ...

Der Feind kämpft mit untauglichen Kräften.

Berlin, 17. April. Von den in deutscher Hand gefallenen englischen und französischen Gefangenen sind etwa 50-60 Prozent Trümmern, die keine aus irgendwelchen ...

Bolo Pascha bereits erschossen.

WTB. Paris, 17. April. (Spartak.) Bolo ist heute morgen sechs Uhr in Vincennes erschossen worden.

Niederlagen der Roten in Finnland.

Berlin, 17. April. Das finnische Staatsorganier meldet am 15. April, daß die finnischen Truppen unter Führung des Generals ...

England und die Roten in Finnland.

Stockholm, 17. April. Die „Aftonbladet“ teilt mit, veröffentlicht das offizielle Blatt der finnischen revolutionären Regierung am 20. März die Mitteilung des Generalstabes der Roten Garde, wonach dieser von englischen Gelehrten ...

Einberufung einer konstituierenden Versammlung der Ukraine.

Kiew, 14. April. Die kleine Kaba in Kiew hat die Einberufung der ukrainischen konstituierenden Versammlung für den 12. Mai auf Grund der Dezember- und Januarmaßnahmen mit Nachdruck in den Bezirken, in denen Wahlen noch nicht stattgefunden haben, beschlossen.

Der amerikanische Schiffsbau.

Berlin, 16. April. Esso de Paris' meldet aus Washington, daß im März die Schiffsbauindustrie für die Handelsmarine bei weitem nicht die gewöhnliche Höhe erreicht hätte, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß aller Stahl von der Kriegsmarine ...

Ein Generaldirektor des amerikanischen Schiffsbauwesens.

Washington, 16. April. Keizer Charles M. Edwards wurde zum Generaldirektor der Emergency Fleet Corporation ernannt. Er erhält die Aufsicht über das ganze Schiffsbauprogramm der Regierung.

Halle und Umgegend.

Halle, den 16. April 1918.

Ausplünderung einer Wohnung.

In der Zeit vom 10. bis 13. März wurden aus einer Wohnung in Halle folgende Gegenstände gestohlen: 1 Herren- ...

aus schwarzem Stoff; 1 Damenmantel aus rotem weichen Stoff; 1 weisses Brautkleid mit langer Schleppe, garniert mit Spitze; 1 halbfertiges Unterleib aus roter Seide mit hellblauer ...

Verordnung über den Fremdenverkehr.

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 11. April 1918 der bereits veröffentlichten Verordnung über den Fremdenverkehr ...

Ehernes Kreuz.

Das Ehrene Kreuz erhielt der Oberleutnant Günther Albert ...

Rechtsverteilung.

Der König hat Herrn Hofrat Dr. v. ...

Provinzial-Nachrichten.

Waldsiedlung, 17. April. (Berl. Anst.) Am Sonntag fand eine vom hiesigen Verein der Provinzialistischen ...

Ammerort, 17. April. (Waldsiedlung) Am Sonntag ...

Leubitz (Halle), 17. April. (Selbstentwurf) ...

Waldsiedlung, 17. April. (Waldsiedlung) ...

Vermischtes.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes verhaftet. Seit Ende Februar wurde die 8 Jahre alte Elisabeth ...

Bater, wenn er aus dem Kriege heimkäme, alles zu erzählen. Frau A. Regt augenscheinlich schwer krank im Städtischen Krankenhaus, so daß einsteilen von ihrer ...

Letzte Depeschen.

Tod des griechischen Kommandeurs in Oestrich. Götting, 17. April. (Drahtnachricht.) Der Kommandeur des 4. griechischen Armeekorps, Oberst ...

Personalveränderungen in der Sowjet-Regierung.

Wladimir, 17. April. (Spartak.) Der Sowjetische Volks-Telegraph meldet: Innerhalb der Sowjetregierung sind verschiedene Personalveränderungen ...

Der Kriegszustand wieder über Irland verhängt.

Dublin, 17. April. (Spartak.) „Dain Mail“ meldet die abermalige Verhängung des Kriegszustandes über Irland.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Warenkammerungsbild.

Berlin, 17. April. Die jüngsten Berichte vom Kriegszustand haben auf die Warenkammerung gewirkt. Neben ...

Getreide.

Berlin, 17. April. Sow immer luden die Kommandanten ...

Wollmarkt, M.-G., in Bremen-Hamburg.

Die Wollmarktverhandlungen sind in 1917 auf 5,82 (i. B. 4,03) ...

Wollmarkt, M.-G., in Berlin.

Die gute Wollmarktverhandlung im Berichtsjahre 1917 ...

Wollmarkt, M.-G., in Berlin.

Die gute Wollmarktverhandlung im Berichtsjahre 1917 ...

Wollmarkt, M.-G., in Berlin.

Die gute Wollmarktverhandlung im Berichtsjahre 1917 ...

Wollmarkt, M.-G., in Berlin.

Die gute Wollmarktverhandlung im Berichtsjahre 1917 ...

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 16. April. Weizen Mai, Juli - September ...